

Technische Universität Braunschweig
Institut für Sozialwissenschaften
Politikwissenschaft
Sommersemester 2006
30. Oktober 2006

Hauptseminar: Intermediäre Interessenvermittlung in Deutschland

Priv.-Doz. Dr. Nils C. Bandelow

www.nilsbandelow.de

Studien- und Prüfungsbedingungen

1. Magister Politikwissenschaft (Haupt- und Nebenfach)

- Leistungsschein: Regelmäßige aktive Teilnahme, Referat und Hausarbeit

2. Lehramt Gymnasium Unterrichtsfach Politik

- Leistungsschein: Regelmäßige aktive Teilnahme, Referat und Hausarbeit
- Teilnahmechein: Regelmäßige aktive Teilnahme, Referat (ggfs. zwei Ergebnisprotokolle)

Studien- und Prüfungsbedingungen

Referate

- Thesepapier und Präsentation, Vorlage spätestens sechs Tage vor dem Referatstermin in der Sprechstunde (dienstags 16-17 Uhr)
- Verschicken der überarbeiteten endgültigen Version von Thesepapier und Präsentation als Word bzw. Powerpoint-Datei (in Ausnahmefällen als PDF-Datei) spätestens am Donnerstag vor dem Referatstermin an:
 - Carina_Vallo@web.de und
 - Nils.Bandelow@tu-braunschweig.de
- Vortrag 20 Minuten (maximal 30 Minuten)

Studien- und Prüfungsbedingungen

Ergebnisprotokolle

- Ergebnisse, nicht Verlauf!
- Ergänzend zu den Präsentationen, d.h. vor allem Ergebnisse der Diskussionen
- Ggfs. Kontrolle der Aussagen auf Grundlage von Literatur notwendig
- Vorlage am Tag nach der Sitzung in der Sprechstunde (dienstags 16-17 Uhr)
- Verschicken der überarbeiteten endgültigen Version spätestens am Freitag nach der Sitzung als Word-Datei an:
 - Carina_Vallo@web.de und
 - Nils.Bandelow@tu-braunschweig.de

Leitfragen

- Welche Akteure?
- Welche Ziele?
- Welche Einflussmöglichkeiten?
- Wie Entscheidungsfindung?
- Welche Veränderungen?
 1. Pluralisierung?
 2. Machtverschiebungen?
 3. Rolle des Staates?
- Wodurch Veränderungen?
- Normative Bewertung der Strukturen und Veränderungen
 1. Demokratietheoretisch
 2. Steuerungstheoretisch

Semesterplan

2. Sitzung (6. November 2006)

Zentrale Konzepte und Ansätze der Verbändeforschung

Referat: *Sascha Altenhoff/Anja Liedtke*

3. Sitzung (13. November 2006)

Historische Entwicklung und Konfliktlinien der Interessenverbände in Deutschland

Referat: *Patrick Scheunemann/Thomas Klodnicki*

4. Sitzung (20. November 2006)

Interessenvermittlung in der Tarifpolitik

Referat: *Michael Aßhauer/Jürgen Mascher*

Semesterplan

5. Sitzung (27. November 2006)

Interessenvermittlung in der Gesundheitspolitik

Referat: Anne Mühe/Sonja Reinecke

6. Sitzung (4. Dezember 2006)

Interessenvermittlung in der Umweltpolitik

Referat: Nina Schwarz/Michael Lohse

7. Sitzung (11. Dezember 2006)

Interessenvermittlung in der Agrarpolitik

Referat: Britta Schinke/Oliver Goetz

Semesterplan

8. Sitzung (18. Dezember 2006)

Interessenvermittlung in der Verbraucherpolitik

Referat: Irina Geller/Martin Haim

9. Sitzung (8. Januar 2007)

Interessenvermittlung in der Bildungspolitik

Referat: Christine Schaare

10. Sitzung (15. Januar 2007)

Interessenvermittlung in der Verkehrspolitik

Referat: Daniel Bork/Maik Hilscher

Semesterplan

11. Sitzung (22. Januar 2007)

Europäisierung der Interessenvermittlung

Referat: Lena Otto/Silke Mönchmeyer/Sarah Perbone/Manuela Stelljes

12. Sitzung (29. Januar 2007)

Verbände und Medien

Referat: Roman Fricke/Jeanine Pagel

13. Sitzung (5. Februar 2007)

Vergleich der Entwicklungen in den Politikfeldern

Referat: Christian Werner

14. Sitzung (12. Februar 2007)

Evaluation, Vorbesprechung von Hausarbeiten etc.

Intermediäre Interessenvermittlung

Lernziele der Sitzung

- Begriffe (Verbände, Parteien)
- Funktionen von Verbänden und Parteien
- Normative Bewertung von Verbänden und Parteien

Intermediäre Interessenvermittlung

Begriffe

- Verbände: Dauerhaft organisiert, Zweck nach außen, i.d.R. freiwillig gebildet
- Parteien: Regelmäßige Teilnahme an Wahlen, verfassungsrechtliche Stellung, Parteiengesetz
- Akteure: Individuen, Kollektive oder Organisationen, die auf politische Prozesse oder Organisationen Einfluss nehmen
- Institutionen: „Spielregeln“

Intermediäre Interessenvermittlung

Art. 21 GG: (Parteien)

(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei.

Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

Intermediäre Interessenvermittlung

Notwendige Bedingungen für „Parteien“

- Vereinigungen von Bürgern
- Existenz dauernd oder für längere Zeit angelegt
- Aktivität auf Landes- oder/und Bundesebene
- Einflussnahme auf die Willensbildung und Besetzung von Vertretung in den Parlamenten
- Ernsthaftigkeit der Zielsetzung muss vorliegen
- Mindestens alle sechs Jahre an Wahlen teilnehmen
- Vorstand und Geschäftsleitung müssen Deutsche im Geltungsbereich des GG sein

Intermediäre Interessenvermittlung

Funktionen

- Verbände: Artikulation gesellschaftlicher Interessen etc.
- Parteien: Aggregation gesellschaftlicher Interessen etc.

Intermediäre Interessenvermittlung

Normative Bewertung: Verbände

- ✓ Notwendige demokratische Infrastruktur
- ✓ Erhöhen Steuerungsfähigkeit
- ❖ Problematische eigene demokratische Legitimation
- ❖ Selektiv
- ❖ Verfälschen der Volonté Générale
- ❖ Stehen Wettbewerb entgegen
- ❖ Behindern Staat